

26.09.03

Beschluss des Bundesrates

Entschließung des Bundesrates für eine Überprüfung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes auf Zusammenarbeit mit dem Staatssicherheitsdienst der ehemaligen DDR unter Verwendung der "Rosenholz-Dateien"

Der Bundesrat hat in seiner 791. Sitzung am 26. September 2003 die folgende Entschließung gefasst:

Bund und Länder sollten die mit der Freigabe der "Rosenholz-Dateien" gewonnenen neuen Erkenntnisse nutzen, um weiteren Aufschluss über eine mögliche Tätigkeit von Bediensteten für den Staatssicherheitsdienst der ehemaligen DDR zu erhalten.

Die Parlamentarier von Bund und Ländern sind aufgerufen, sich ebenfalls einer solchen Überprüfung zu unterziehen.

Im Übrigen erinnert der Bundesrat an die Verpflichtung aus dem Stasi-Unterlagen-Gesetz, auch ohne Ersuchen Mitteilungen zu veranlassen.